



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

# KURZ-KNAPP-KAUFMANN

## DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 11/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 11/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

*Michael Kaufmann*  
Ihr Michael Kaufmann

## PRESSEMITTEILUNGEN



15. März 23

### **Impfnebenwirkungen müssen dringend erforscht werden.**

Im Deutschen Bundestag wurde heute der Antrag der CDU/CSU „Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken“ (Drs 20/5983) beraten.

Hierzu äußert sich der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Kaufmann, wie folgt:

„Anders als es der Titel dieses Antrags vermuten ließ, geht es der Union in ihrem Antrag nur am Rande um die Erforschung des so genannten Post-Vac-Syndroms, das heißt der Nebenwirkungen der Covid-Impfungen, sondern in erster Linie um die Erforschung von Long Covid. Damit werden Dringlichkeit und Prioritäten auf den Kopf gestellt. Denn die Erforschung von Long-Covid fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits jetzt über nicht weniger als zehn Forschungsverbünde und zusätzlich mit einer Nationalen Klinischen Studiengruppe und dem Verbundvorhaben IMMME. Gleichzeitig werden viele Tausend Menschen, die infolge der Covid-Impfungen massive und oft dauerhafte gesundheitliche Schäden erlitten haben, nach wie vor allein gelassen. Es ist schlimm genug, dass die Bundesregierung dieses Thema immer noch ignoriert. Erschütternd ist aber, dass sogar die größte Oppositionspartei dem Leiden dieser Menschen nicht den gebührenden Stellenwert einräumt. Man kann einen Zusammenhang damit vermuten, dass auch die Union eine große Verantwortung dafür trägt, dass diese Impfungen wahrheitswidrig als hochwirksam und nebenwirkungsfrei angepriesen wurden.“

Es braucht dringend eine entschlossene und umfassende Initiative der Bundesregierung, um die Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten von Nebenwirkungen der Covid-Impfungen zu erforschen. Die Menschen, die sich im Vertrauen auf die Versprechungen der Bundesregierung haben impfen lassen und nun unter den Folgen leiden, verdienen jede erdenkliche Unterstützung. Dafür wird sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit Nachdruck einsetzen.“





13. März 23

### **Bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktionen verabschieden Resolution!**

Digitalität im Bildungssystem – nicht zum Schaden der Schüler

Die Bildungspolitiker der AfD in Bund und Ländern kritisieren auf ihrem 13. interfraktionellen Treffen die chaotische und oft undurchdachte Digitalisierung an Schulen. Die unkontrollierte Verbreitung online-basierter Unterrichts gefährdet die Bildungschancen vieler Schüler.

Für die AfD-Parlamentarier zeichnet sich guter Unterricht durch den direkten Kontakt zu kompetenten Lehrern, die ausrei-

chend Zeit für ihre Schüler haben, und gute Unterrichtsvorbereitung aus. Das Online-Lernen bietet hierzu lediglich Ergänzungen und kann die analogen Grundlagen nicht ersetzen. Im zukünftigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz, z.B. von Sprachmodellen wie „ChatGPT“, sehen wir Chancen und Grenzen. In jedem Fall müssen die Schüler befähigt werden, dieses Medium kritisch und kompetent zu nutzen. Drängender denn je ist vor diesem Hintergrund die Vermittlung und Festigung guter Allgemeinbildung und der Fähigkeit zu analytischem Denken, die dies ermöglicht.

Der gemeinsame Unterricht im Klassenraum stellt die für die Lernmotivation wichtige soziale Komponente dar. Wenn diese durch eine vollständige Umstellung auf den Distanzunterricht dauerhaft gestört wird, drohen im schlimmsten Fall verheerende Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft durch beziehungsuntaugliche Schüler und „digitale Demenz“. Damit wären die Schüler die Verlierer des aktuellen Trends zu noch mehr aktionistischer Digitalisierung im Unterricht. Unser Ziel ist eine schrittweise, punktuelle und gezielte Digitalisierung an Schulen, die finanzierbar und umsetzbar bleibt. Die derzeitige kopflose Digitalisierung schadet den Schülern und führt nur zu milliardenstarker Steuerverschwendung.

(..) Unsere Vorschläge finden sich hier: [-> Resolution](#)

## **BUNDESTAG**



15. März 23

### **Heute im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Soziale Innovationen.**

Zitat meiner Kollegin Nicole Höchst: „Bei der Anhörung kam heraus: Alle anderen Parteien haben den Bürger, den ursprünglichen Souverän einer Demokratie, gedanklich längst der „großen Transformation“ untergeordnet. Kennt Ihr den Text des Liedes Sounds of Silence? Ruhig mal lesen/hören. Nach geradezu visionär...“



15. März 23

### **Meine Rede zum Thema „Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom“:**

Im Deutschen Bundestag wurde heute der Antrag der CDU/CSU „Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken“ (Drs 20/5983) beraten.

Meine Rede finden Sie hier: <https://www.facebook.com/watch/?v=1215341372674904>



# PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

## Mittwoch

### **Befragung der Bundesregierung mit Innenministerin Nancy Faeser und Svenja Schulze, Ministerin für wirtschaftl. Zusammenarbeit**

- In ihrer Einleitung bemerkte Frau Faeser, dass der Krieg in der Ukraine massive Auswirkungen auf die innere Sicherheit Deutschlands habe. Damit wollte sie aber nicht auf die Bedrohung durch die Überflutung der Kommunen mit Menschenmassen hinaus, ihr Ministerium nutzte diese Gelegenheit dazu, weitere Überwachung zu legitimieren.
- Stephan Brandner, AfD, ging einstweilen auf die undurchsichtige Übertragung ihres privaten Twitteraccounts auf das Ministerium und dann mit ca. 10fach höherer Gefolgschaft wieder auf Privat ein, wozu sie sich allerdings nicht äußern wollte.
- Frau Schulze wurde von Gerrit Huy, AfD befragt, warum man in Ghana die Einrichtung des EU-Migrationszentrums forcieren, wo dann im Gegensatz zur Doktrin der feministischen Außenpolitik vornehmlich Männer zu uns kämen. Frau Schulze konnte nicht klar antworten sondern nur umschreiben, dass wir dringend Zuwanderung benötigen würden. Man fragt sich, was Ghana dann selbst irgendwann ohne Fachkräfte machen soll. Frau Schulze erklärte auch, dass sie zusammen mit der amerikanischen „Genosin“ Yelen die Weltbank reformieren wolle, um einen sozial gerechtfertigten Umbau hin zu Klimaneutralität und Pandemievorsorge zu erzielen. Derlei Investment aus deutschen Steuergeldern bezifferte sie leider nicht.

### **In der Fragestunde wurde der parlamentarische Staatssekretär für Gesundheit, Dr. Edgar Franke befragt.**

- Interessant war der Themenkomplex NIPT, also der Bluttest zur Feststellung von Trisomie 21, den es nun als Krankenkassenleistung gibt. Im Gegensatz hierzu steht nämlich der §15 des Gendiagnostikgesetzes, der es Ärzten verbietet, vor der 12. Schwangerschaftswoche das Geschlecht mitzuteilen, um eine Abtreibung aufgrund des Geschlechtes des Fötus zu verhindern. Ausgerechnet Corinna Rüffer von den Grünen erklärte, welche enormen ethischen Konsequenzen ein solcher Schritt bedeute, und warum nicht eine viel notwendigere Unterstützung für Brillen oder Zahnersatz beschlossen wurde.
- Zwei Fragen des Abg. Prof. Kaufmann wurden nur schriftlich beantwortet. Die Antwort auf die Frage, warum die BuReg das Covid-Medikament Molnupiravir in großen Einheiten bestellt hatte, obwohl die EMA letztendlich die Zulassung verweigert hatte lautete: Man kaufte aufgrund der Bedarfs-Versorgungssicherstellungsverordnung im Dez. 21, aber leider kam die EMA im März 23 zu der Entscheidung, keine Zulassung zu erteilen.

### **Am Mittwoch wurde in erster Lesung der CDU-Antrag Dr. Nr. 20/5983 behandelt**

- Die CDU fordert in langatmigen Ausführungen die Bereitstellung von Fördermitteln zur Erforschung des Long-Covid-Syndroms, von ME/CFS und am Rande auch von PostVac.
- Michael Kaufmann, AfD in seiner Rede: Impfnebenwirkungen sind kein Randphänomen. Stand 18. Februar listete die Datenbank der EMA europaweit fast 2,2 Millionen Fälle von Nebenwirkungen der Covid-Spritze, rund 630 000 davon schwer. Hinzu kommen 27 669 Todesfälle. Und das sind nur die gemeldeten Fälle. Er sprach die „Fallrückzieher“ von Karl Lauterbach an, der zu Anfang tönte, wie harmlos, sicher und wirksam die Genspritzen seien, und nun im ZDF zugeben musste, welche katastrophalen Beschädigungen die Menschen erleiden müssen. Für die Long-Covid Erforschung gibt es allein heute schon zehn Forschungsverbände, die Prioritäten müssen endlich richtig gesetzt werden.
- Es folgte Überweisung an den Ausschuss Bildung und Forschung.

### **Die AfD forderte mit Dr.-Nr. 20/5989 endlich ein Ende der Geheimniskrämerei der Bundesregierung und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Terrorakt gegen Nordstream2**

- Prof. Harald Weyel, AfD in seiner Rede: Schon unter Trump wurden Firmen von der US-Regierung sanktioniert, die sich am Bau der Pipelines beteiligten und sogar der Sicherheitsrat der UN hat sich im Frühjahr mit der Causa befasst, nur Deutschland verharrt in einer Art Duldungsstarre und die Vermutung einer Art Komplizenschaft dieser Bundesregierung ließe sich nur durch die lückenlose Aufklärung des Terroraktes beseitigen.
- Die Vorlage wurde an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen.

## Donnerstag

### **Der Donnerstag begann erneut mit einer Regierungserklärung zum EU-Gipfel am 23. Und 24. März.**

- Dessen Inhalt war wie ein Déjà-vu: Man wolle die Ukraine weiterhin militärisch unterstützen, Sanktionen gegen Russland verschärfen und in der EU Klima-Investitionen vorantreiben.



- Tino Chrupalla, AfD: Wieder liefert er keine Erklärungen zu NS2, keine Aussagen, wie der Schutz der kritischen Infrastruktur in Deutschland zukünftig gesichert wird, er lässt keine interessengeleitete deutsche Politik erkennen, weiterhin wörtlich: „der ÖR Rundfunk präsentierte uns dann letzte Woche noch die Geschichte von einem Segelboot mit Oleg und Boleg, die in die Ostsee aufgebrochen waren, um die Pipeline zu sprengen.“ Kanzler Scholz verweigert sich der Realität, stattdessen wird dreckiges und überbeuertes Frackinggas aus Amerika importiert und Hausbesitzer sollen zur Sanierung ihrer Häuser gezwungen werden. Rund 80% aller deutschen Häuser sind Altbauten! Das alles hat mit gesundem Menschenverstand jedenfalls nichts zu tun. „Richten Sie Ihre Arbeit endlich auf unser Land, auf Deutschland aus!“

#### **Gesetzesvorlage 20/5548: Das 49-Euro-Ticket – auch Deutschlandticket genannt**

- Ab 1. Mai gibt es das 49-Euro-Deutschland-Ticket. Gegen die Stimmen der AfD beschloss der Bundestag die Gesetzesvorlage.
- Wolfgang Wiehle, AfD: die Bahn ist ein Sanierungsfall, die Einführung erfolgt zu früh.

#### **Danach nochmals Déjà-vu beim erneuten Anlauf der AfD, einen Vertreter des Bundestagspräsidenten zu stellen, sowie einen Sitz im wichtigen Parlamentarischen Kontrollgremium zu erhalten**

- Der Bundestag verweigerte erneut die demokratische Teilhabe der AfD

#### **Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD zum Thema: Gekaufte Journalisten**

- Der offizielle Titel des Antrags lautete: Geschäftsbeziehungen zwischen Bundesregierung und Journalisten.
- Eine Anfrage des Abg. Martin Renner hatte zutage befördert, dass Journalisten der ÖR von der Bundesregierung für hohe Gagen für verschiedene PR-Aufträge oder Moderationen angeheuert wurden. Der „Pleiteticker“ nannte Namen wie Linda Zervakis oder Judith Rakers, nur um die prominentesten zu nennen. Insgesamt handelt es sich um 200 Journalisten, mehr als die Hälfte davon Mitarbeiter der ÖR Rundfunkanstalten über einen Zeitraum von 5 Jahren über insges. 1,4 Mio. €.
- Der Block der Noch-Regierenden, oder Zuvor-Regierenden erhob sich in der Diskussion zu neuen Höhen der Diffamierung der AfD. Man könnte sagen: Die getroffenen „Hunde“ bellen nicht nur, sondern beißen auch noch.

#### **CDU-Antrag 20/5985 „Startchancenprogramm in 2023 starten“**

- Mit diesem Antrag beabsichtigte die CDU, mehr als 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler besonders zu stärken.
- Aber nicht die Bildungspolitik ist schuld am fatalen Zustand des Bildungsniveaus in Deutschland, sondern die Einwanderungspolitik, so Dr. Götz Frömming in seiner Rede.
- Der Antrag hatte keine „Startchance“, er wurde abgelehnt, nur die LINKE fand ihn gut.

#### **Gesetzesantrag Dr.-Nr. 20/5823 der Ampel „Demokratieförderungsgesetz“:**

- Die Bundesregierung sieht unsere Demokratie unter anderem durch: Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Extremismus von Rechts, von Links, von Islam, durch Hass im Netz, Fake News, Desinformation, Wissenschaftsleugnung, Delegitimierung des Staates und durch eine Vielzahl demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene bedroht.
- „Die links-grünen Deutschlandzerstörer zeigen einmal mehr ihr totalitäres Gesicht“, so Martin Reichardt in seiner Rede. Der Staat fördert bereits jetzt Denunziantentum in vielerlei Hinsicht. Abweichende Meinungen sollen verboten werden. Staatliche Lügenverbreitung, wie zu Zeiten der Corona-Pandemie soll freie Bahn haben.
- Der Antrag wurde an den Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

#### **CDU-Antrag Nr. 20/2342 „Innovationsrahmen für neue genomische Techniken in der Landwirtschaft schaffen“**

- Der Antrag vertritt den Ansatz, dass es angesichts drohender Nahrungsmittelknappheit ratsam wäre, genomische Techniken in der Landwirtschaft vorbei an der GVO der EU zu fördern.
- Frank Rinck, AfD in seiner Rede: Die Langzeitfolgen solcher Eingriffe sind noch gar nicht erforscht, gentechnische Patentanmeldungen auf landwirtschaftliche Kulturpflanzen weisen wir als AfD ausdrücklich zurück.
- Der Ausschuss hatte die Ablehnung empfohlen, womit das Thema erledigt war.

#### **Zwei Anträge der AfD: „Verbraucherfreundliche und transparente Kennzeichnung von Insekten in Lebensmitteln“ (20/5997) und „Sofortige Aufklärung der Bevölkerungen über Gesundheitsrisiken beim Verzehr von Insekten“ (20/5998)**

- Forderungen: Ein „Front of Pack-Labeling“, sowie die Aufklärung der Bevölkerung über mögliche Risiken, Kennzeichnung von Allergenen, und die mögliche Behandlung der Insekten mit Antibiotika gegen Viren, Bakterien, Pilze oder Parasiten im Zuge der Massentierhaltung. Sie wurden nach der Debatte an den Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft überwiesen.



**Der Freitag wurde mit dem umstrittensten Punkt der Woche eröffnet: Änderung des Bundeswahlgesetzes (Dr.-Nr. 20/6015).**

- Die Reform der Ampel wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 399 ja gegen 261 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen durchgebracht.
- Während die Ampel einstimmig dafür, und Union, sowie Linke und die AfD fast einstimmig dagegen votiert hatten.
- Nun werden also die künftigen Parlamentssitze auf 630 beschränkt. Der Gesetzesantrag wurde fast vollständig vom AfD-Antrag aus dem Jahr 2021 abgekupfert, so Albrecht Glaser, AfD. Die Ampel hatte allerdings in letzter Sekunde den Antrag geändert und die zulässige Sitzanzahl auf 630 erhöht, anstatt der angedachten 598. Gem. Albrecht Glaser, dem Wahlrechtsexperten der AfD, hatte die SPD wohl kurz vor Torschluss erkannt, dass sie damit den Verlust ihrer künftigen Direktmandate halbieren könnte.
- Die Linke strebt nun eine Verfassungsklage an, da auch die Grundmandatsklausel gestrichen wurde, was ihr den Einzug ins Parlament bei einem Ergebnis unter 5% verwehren wird.

**CDU-Antrag 20/3687 : Anlasslose Speicherung von IP-Adressen aller Internet-Nutzer für 6 Monate zum Zwecke des Schutzes von Kindern vor sexuellem Missbrauch**

- Der Antrag stieß allgemein auf Ablehnung, so auch bei der AfD.
- Grund der Debatte war jedoch die Monierung von der CDU, dass die Terminierung einer bereits beschlossenen Anhörung im Ausschuss immer wieder von der TO genommen wurde, und damit eigentlich das Minderheitenrecht ad absurdum geführt wird.
- Anscheinend hat die Ampel selbst einen Antrag in der Vorbereitung und hält daher entgegen parlamentarischer Gepflogenheiten den Gang der CDU-Initiative auf.

**Nächster TOP der Woche: Vereinbarte Debatte zum Internationalen Frauentag**

- Richtig erkannte Familienministerin Lisa Paus, dass die Digitalisierung den Frauen eher mehr Ungleichheit gebracht habe, doch dann kam sie auf den Punkt: Ende des Monats solle eine Sachverständigenkommission eingesetzt werden, die unabhängig prüfen werde, ob der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland auch außerhalb des Strafrechts geregelt werden kann. Mit anderen Worten: Die sog. Gleichberechtigung der Frau soll dem Staat den aktiven Steuerzahler erhalten und dem hat sich ungeborenes Leben unterzuordnen.
- Mariana Harder-Kühnel, AfD meinte: Anstatt sich auf feministische Außenpolitik zu konzentrieren, solle der Staat den Fokus auf das legen, was Frauen wirklich bedroht: Massenmigration stoppen durch Abschieben, Grenzen sichern, Vergewaltiger mit der vollen Härte des Gesetzes bestrafen.

**Die Linke: Antrag Nr. 20/5876: Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen**

- Ziel sei, die ökonomische und gesellschaftliche Selbstständigkeit von Frauen zu sichern.
- Gerit Huy, AfD sagte in ihrer Rede: die Abschaffung von Minijobs ist nicht die Lösung. Viele der Minijobber sind Mütter von Schulpflichtigen Kindern oder Angehörige von Pflegebedürftigen. Daher müsste in diesen Berufen der Staat nachbessern und die Arbeitsbedingungen und Vergütungen attraktiver gestalten.



18. März 23

**Mein Wochenrückblick aus dem Bundestag**

Bericht aus Berlin:

In jeder Woche im Bundestag gibt es Themen, über die man staunen kann, die einen fassungslos machen oder über die man einfach nur den Kopf schütteln kann.

Hier ist meine Auswahl der Woche vom 13.-17. März 2023

Das Video können Sie sich in voller Länge unter folgendem Link ansehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=4LSTiOel1Fk>



# KOMMENDE TERMINE:

**PODIUMS  
DISKUSSION**  
Gibt es ethische Grenzen in der Forschung? Die rasante Entwicklung neuer Technologien bringt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken für die Menschheit. Sprechen wir darüber!

## Forschung im Spannungsfeld von Fortschritt und Ethik

**27 MÄRZ 18<sup>00</sup> UHR**  
PAUL-LÖBE-HAUS BERLIN

ANMELDUNG:  
**AK18@AFDBUNDESTAG.DE**

Referenten:  
Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB  
Prof. Dr. Roland Wiesendanger und  
Dr. David Berger

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN MdB  
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

# Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros

**KAHLA**  
Rudolf-Breitscheidstr. 4  
Tel.: 03671 5 23 23 48  
Di.: 13 - 17 Uhr  
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

**NEUSTADT / ORLA**  
Puschkinplatz 6  
Tel.: 036481 84 69 64  
Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr  
michael.kaufmann.wk02@bundestag.de

**SAALFELD**  
Brudergasse 6  
Tel.: 03671 5 23 23 48  
Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr  
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.  
**Michael Kaufmann**, MdB  
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



[www.Kaufmann-Michael.de](http://www.Kaufmann-Michael.de)  
 [Michael.Kaufmann@bundestag.de](mailto:Michael.Kaufmann@bundestag.de)

@AfDKaufmann  
 @KaufmannAfD

@KaufmannAfD  
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE